Die Aussichten der privaten Durchsetzung des Kartellrechts in Georgien am Beispiel des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung

Givi Adamia

Doktorand der juristischen Fakultät der Staatlichen Universität Tbilisi

Einleitung

Aufgrund der europäischen Erfahrung kann man sagen, dass die Durchsetzung des Kartellrechts in den frühen Stadien ihres Bestehens in der Regel durch die öffentlich-rechtlichen Mitteln erfolgte. Zusammen mit der Wettbewerbsgesetzgebung wird eine relevante Exekutivagentur eingerichtet, die befugt ist, die Vorschriften des Kartellrechts unter Verwendung verschiedener öffentlichrechtlicher Mechanismen durchzusetzen. Nach Feststellung des Verstoßes gegen das Kartellrecht kommt es jedoch darauf an, das Schadensersatz vom Täter zu verlangen ist.

Das georgische Wettbewerbsrecht sieht keine besonderen und detaillierten Verfahrensregeln vor, die für die Verwirklichung eines Schadensersatzanspruchs aufgrund eines Verstoßes gegen das Kartellrecht erforderlich sind. In dieser Hinsicht enthält das georgische Kartellgesetz (im Folgenden als "Gesetz" bezeichnet) nur eine Vorschrift mit allgemeinem Inhalt, die das Recht einer Person gewährleistet, sich bei Verstößen gegen das Gesetz direkt an ein Gericht zu wenden und Schadensersatz zu verlangen. Insbesondere erkennt Artikel 332 des Gesetzes das Recht eines Unternehmens oder anderen interessierten Subjekten an, durch die Gerichtsverhandlung die Verhinderung eines Verstoßes gegen das Wett-

bewerbsrecht und gleichzeitig Schadensersatz wegen des Verstoßes zu fordern.

Eines der wichtigsten Beispiele des Verstoßes gegen das georgische Wettbewerbsrecht ist der Missbrauch marktbeherrschender Stellung, dessen Verbot in Art. 6 des Gesetzes verankert ist. Missbräuchliche Ausnutzung der Marktmacht kann einerseits dem Wettbewerber des marktbeherrschenden Unternehmers und andererseits dem Endverbraucher erheblichen Schaden zufügen. Um einen vollständigen Ausgleich des entstandenen Schadens zu erreichen, ist es notwendig, die entsprechende gesetzliche Grundlage zu bestimmen, wonach der Schadensersatz verlangt werden kann.

Die Ansprüche auf Entschädigung des Schadens aufgrund eines Verstoßes gegen das Kartellrecht wird als private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts bezeichnet. Damit stellt sie in verschiedenen westlichen Rechtssystemen ein zusätzlicher Mechanismus zur Durchsetzung des Wettbewerbsrechts dar, die in den letzten Jahren besondere Signifikanz erlangt hat. Bemerkenswert ist es auch, dass die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (im folgenden als EuGH bezeichnet) eine Reihe wichtiger Entscheidungen und Auslegungen enthält, die für die Entwicklung des georgischen Kartellrechts und für die Schaffung entsprechender wissenschaftli-

cher Grundlagen von wesentlicher Bedeutung sind.

I. Bedeutung des Schadensersatzes aufgrund des Missbrauchs marktbeherrschender Stellung für die Durchsetzung des Kartellrechts

Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht führen zur Verhängung öffentlichrechtlicher Sanktionen. Die Haftung einer Person, die rechtswidrige Handlungen vornimmt, ist jedoch nicht auf diese Art der Bestrafung beschränkt. Solche Unternehmen können auch aufgrund der zivilrechtlichen Klage haftbar gemacht werden.

Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche schaffen einen zusätzlichen Druckmechanismus für Wirtschaftsakteure, die ihr eigenes materielles Wohlergehen durch eine Vielzahl von wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen steigern möchten. Daher werden die zivilrechtlichen Ansprüche als ein Mittel der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts (private enforcement of competition law) angesehen, das in den entwickelten westlichen Ländern allmählich an Boden gewinnt.

Verschiedene Rechtssysteme ergreifen wirksame Maßnahmen zur Festlegung privater Durchsetzung des Wettbewerbsrechts oder zur intensiven Verfeinerung bestehender Modelle. Bemerkenswert ist, dass die Zuwiderhandlungen gegen das Gesetz durch Wirtschaftsakteure sowohl Verbrauchern als auch Wettbewerbern erheblichen Schaden zufügen. Deswegen kann man davon ausgehen, dass die Zahl der Ansprüche wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht auch in der georgischen Realität nach und nach zunehmen wird.

Zivilrechtliche Schadensersatzansprüche können nicht nur die Funktion haben, die verletzten Rechte des Geschädigten wiederherzustellen. Sie

sind auch dazu befähigt, als ergänzender Mechanismus für die wirksame Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und der Wettbewerbspolitik zu fungieren. Insofern führt die Erwartung einer solchen Haftung der Wirtschaftsakteure zu einer zusätzlichen abschreckenden und vorbeugenden Wirkung bei Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht. Nach der ständigen Rechtsprechung des EuGH erhöht ein solcher Schadensersatzanspruch die Durchsetzungskraft der Wettbewerbsregeln und ist geeignet, Verhaltensweisen zu verhindern, die den Wettbewerb beschränken oder verfälschen können.¹ Daher leisten die Schadensersatzansprüche aufgrund von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Wettbewerbs.

Die private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts hat eine lange Geschichte. Bereits 1623 sah das englische Monopolgesetz diesbezüglich besondere Vorschriften vor. Nach diesem Gesetz hatte jede Person das Recht, vor Gericht zu klagen, wenn sie infolge der wettbewerbswidrigen Praxis einen Schaden erlitten hatte.² Der im späten neunzehnten Jahrhundert verabschiedete amerikanische "Sherman Act" sah auch die Möglichkeit vor, Schadensersatz wegen wettbewerbswidriger Maßnahmen geltend zu machen. Nach einer der frühen Urteile des US-Bundesgerichts ist der Schadensersatzanspruch einer der wirksamsten Mechanismen zur Verhinderung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht.³

Im Gegensatz zum angloamerikanischen Recht hat die private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts eine geringe Rolle in der Realität der

¹ ECLI:EU:C:2001:465 "*Courage and Crehan*" Case C-453/99 §§ 26-27.

² *Roach/Trebikock*, Private enforcement of competition laws, 464.

³ *Perma life Mufflers Inc v international parts corp*, (1968) 392 US 134, 139.

Europäischen Union gespielt.⁴ Dies könnte auf Verfahrensregeln zurückzuführen sein, die zusätzliche Hindernisse für die Verwirklichung dieses Anspruchs geschaffen haben. In der gesamten Europäischen Union erfolgt die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts weitgehend nach öffentlichrechtlichen Mechanismen. In jüngster Zeit ist die private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts jedoch auch in Kontinentaleuropa relevant geworden.

Die Entscheidung des EuGH von 2001 kann als Beginn der Einrichtung der Grundmechanismen der privaten Durchsetzung des Wettbewerbsrechts in der Europäischen Union angesehen werden. In dieser Entscheidung hat der Gerichtshof festgestellt, dass das Recht auf Schadenersatz für jedermann gewährleistet werden soll, wenn eine Schädigung durch einen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht vorliegt.⁵ Weiterhin kann durch die EuGH Entscheidung von 2006 jedermann Ersatz des ihm entstandenen Schadens verlangen, wenn zwischen dem Schaden und wettbewerbsbeschränkendem Verhalten ein ursächlicher Zusammenhang besteht.⁶ Bemerkenswert ist auch der Fall, dass die Europäische Union eine Sonderrichtlinie⁷ verabschiedet hat, deren Hauptzweck darin besteht, die private Durchsetzung des Wettbewerbsrechts zu fördern und weiterzuentwickeln.⁸

Die Wirksamkeit und das Ausmaß der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts kann nach der

⁴ *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages 1079.

⁵ ECLI:EU:C:2001:465 "*Courage and Crehan*" Case C-453/99 § 26.

⁶ ECLI:EU:C:2006:461 "*Manfredi*" Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 61.

⁷ Directive 2004/104/EU of the European Parliament and of the Council of 26 November 2004 on certain rules governing actions for damages under national law for infringements of the competition law provisions of the Member States and of the European Union.

⁸ *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages 1082.

Existenz der Wettbewerbsregeln im jeweiligen Rechtssystem und gesammelter praktischer Erfahrung bestimmt werden. Das Wettbewerbsrecht in Georgien ist ein neuer Bereich des Rechts. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Schicksal der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts lediglich in den Händen des zuständigen Exekutivorgans liegt. Zu diesem Zweck ist die georgische Wettbewerbsagentur mit öffentlichrechtlichen Befugnissen ausgestattet. Bemerkenswert ist auch der Fall, dass die von der georgischen Wettbewerbsbehörde festgestellten Verstöße bis jetzt keine zivilrechtlichen Ansprüche ausgelöst haben. Im Gegensatz zu den kontinentaleuropäischen und angloamerikanischen Erfahrungen hat die private Durchsetzung des Kartellrechts in Georgien noch keine praktische Anwendung gefunden.

Dennoch ist die Kartellrechtsdurchsetzung durch private Schadenersatzklagen auch in Georgien als zusätzliches und ergänzendes Mittel der öffentlichrechtlichen Durchsetzungsmechanismen anzusehen. Sie soll einer der wichtigsten Bestandteile des georgischen Wettbewerbsrechts sein.

Der Fokus auf die private Durchsetzung könnte zu der Auffassung führen, dass dies die Rolle der georgischen Wettbewerbsagentur bei der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts verringern würde. Diese Ansicht kann jedoch nicht insofern zugestimmt werden, als private und öffentliche Durchsetzungsmechanismen andersartige Funktionen und Aufgaben haben. Ungeachtet ihre unterschiedliche Hauptziele ist es möglich, beide Mechanismen gleichzeitig einzusetzen.⁹ Die Entschädigung des Schadens, die sich aus der Rechtsverletzung ergeben hat, hat nicht die gleiche Auswirkung auf die Aufrechterhaltung und

⁹ *Moodaliar/Reardon/Theurerkauf*, the relationship between public and private enforcement, 154.

Entwicklung des Wettbewerbs, wie traditionelle öffentlichrechtliche Mechanismen.

Der Hauptzweck der zivilrechtlichen Nebenansprüche aufgrund des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung ist die Wiederherstellung eines verletzten Rechts. Die Verhinderung von Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht ist allein ein zusätzlicher Effekt, der bei der Aufrechterhaltung und Entwicklung eines effektiven Wettbewerbs maximal genutzt werden sollte. Im Gegensatz dazu besteht das Hauptziel der öffentlichrechtlichen Durchsetzungsmechanismen nur darin, einen leistungsfähigen Wettbewerb zu gewährleisten. Es sollte jedoch auch berücksichtigt werden, dass private Individuen, die von Wettbewerbsbeschränkungen betroffen sind,¹⁰ über größere Motivation verfügen, Entschädigungen zu fordern. Das wiederum dient gleichzeitig dazu, das Wettbewerbsrecht wirksamer durchzusetzen.

II. Art. 992 des georgischen Zivilgesetzbuches als Rechtsgrundlage für die deliktische Haftung aufgrund des Verstoßes gegen das Kartellrecht

Bei der Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs aufgrund eines Verstoßes gegen das Kartellrecht, müssen zwei alternative Wege zur Verwirklichung dieses Anspruchs unterschieden werden. Die geschädigte Person hat die Möglichkeit, sich entweder an das Gericht zu wenden, nachdem der Verstoß von entsprechenden staatlichen Behörde festgestellt ist oder, selbständig – ohne solche Feststellung. In dieser Hinsicht wird zwischen eigenständigen Ansprüchen und Folgeansprüchen unterschieden.

Ein Folgeanspruch liegt vor, wenn das geschädigte Subjekt eine Klage gegen den Täter ein-

reicht, nachdem das staatliche Verwaltungsorgan die Zuwiderhandlung festgestellt hat. Im Falle eines eigenständigen Anspruchs kann die geschädigte Person die entsprechende Klage unabhängig von der zuständigen Behörde direkt am Gericht erheben. Der letztgenannte Weg ("eigenständiger Anspruch") ist insofern schwieriger, denn der Geschädigte muss vor Gericht selbstständig nachweisen, dass ein Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht vorliegt. Im Gegensatz dazu wurde im Fall eines Folgeanspruchs das Bestehen einer widerrechtlichen Aktion bereits von der zuständigen Behörde festgestellt. Daher trägt der Geschädigte nur die Beweislast für den Kausalzusammenhang zwischen dem Schaden und der entsprechenden rechtswidrigen Handlung. Somit ist die Wahrscheinlichkeit der Ersetzung des entstandenen Schadens im Falle eines eigenständigen Anspruchs im Unterschied zum Folgeanspruch gering. In der Regel ist es für Person praktisch unmöglich, im Bereich des Kartellrechts eine rechtswidrige Handlung eigenständig zu beweisen. Dazu ist eine langfristige Untersuchung erforderlich. Solche Möglichkeiten sind für private Personen üblicherweise nicht verfügbar. Deswegen ist der Folgeanspruch der wirksamste und realistischste Rechtsweg für die Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und die Entschädigung von Schäden, die sich aus einem Verstoß gegen das Kartellrecht ergeben.

Die Existenz dieser beiden Anspruchsmöglichkeiten wird auch im georgischen Kartellrecht anerkannt. Insbesondere sieht Artikel 32¹ des Gesetzes vor, dass jeder Person das Recht zusteht, sich direkt an das Gericht zu wenden, um die Entschädigung des Schadens zu verlangen. Daher ist die Möglichkeit eines eigenständigen Schadensersatzanspruchs aufgrund der genannten Vorschrift des Gesetzes gewährleistet.

Artikel 32¹ des Gesetzes sollte jedoch nicht als Rechtsgrundlage für einen Schadensersatzan-

¹⁰ Roach/Trebikock, Private enforcement of competition laws, 480.

spruch betrachtet werden. Diese Norm hat eine verfahrensrechtliche Natur und kann nicht als materiell-rechtliche Anspruchsgrundlage angesehen werden. Die Vorschrift gewährleistet das Recht, die Klage unabhängig von der zuständigen Behörde direkt am Gericht zu erheben und die Entschädigung des entstandenen Schadens zu verlangen.

Dementsprechend geht der Anspruch auf eine Entschädigung des Schadens über das georgische Kartellrecht hinaus. Er fällt unter dem Geltungsbereich des Zivilrechts, wobei Art. 992 des georgischen Zivilgesetzbuchs die rechtliche Grundlage für die Haftung aus unerlaubter Handlung darstellt.¹¹

III. Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung als unerlaubte Handlung im Sinne von Art. 992 ZGB

1. Allgemeiner Übersicht

Der georgische Oberste Gerichtshof qualifiziert Art. 992 ZGB als allgemeine deliktische Generalklausel, deren Hauptvoraussetzung Rechtswidrigkeit ist.¹² Nach den Empfehlungen des georgischen Obersten Gerichtshofs zu problematischen Fragen des Zivilrechts bedeutet die Rechtswidrigkeit im Sinne von Art. 992 ZGB eine Verletzung des absoluten subjektiven Rechts. Eine solche Verletzung verstößt wiederum gegen das Gesetz, weil sie auch gesetzlich verboten ist.¹³ Diese Vorgehensweise des Gerichts ist sehr vage, da in diesem Fall einerseits das Konzept des absoluten subjektiven Rechts verwendet

wird und andererseits die Verletzung eines solchen Rechts in jedem Fall mit einer Verletzung des Gesetzes gleichgesetzt wird. Es ist auch nicht klar, ob die rechtswidrige Handlung, die das absolute Recht nicht verletzt zur deliktischen Haftung führt.

Jedoch schafft die spätere Entscheidung des Obersten Gerichtshofs relativ erkennbarer und deutlicher Vorstellungen zu diesen Themen. Insbesondere macht die Rechtsprechung einen klaren Unterschied im Sinne von Art. 992 ZGB zwischen Handlungs- und Erfolgsunrecht. Nach Ansicht des Obersten Gerichtshofs bedeutet das Erfolgsunrecht nur die Verletzung des absoluten Rechts. Dagegen ist die Natur und die Reichweite der gewissen Pflichten von entscheidender Bedeutung für die Bestimmung des Handlungsunrechts.¹⁴ In dieser Entscheidung versucht der Gerichtshof zwei Arten der widerrechtlichen Handlung voneinander zu trennen – Verletzung des absoluten Rechts und Verstoß gegen die bestimmte Verpflichtung.

In diesem Fall ist anzunehmen, dass der Gerichtshof danach strebt, die Ansätze der deutschen Gesetzgebung und Rechtsprechung bei der Auslegung der georgischen Gesetze zu verwenden.¹⁵ In Deutschland unterscheidet man zwischen Verletzung des absoluten Rechts und Zuwiderhandlung gegen das Schutzgesetz.

Die widerrechtliche Handlung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der deliktischen Haftung im deutschen Recht. Die Rechtswidrigkeit ist nach § 823 BGB eng mit der Verletzung der folgenden absoluten Rechten verbunden: das Leben, der Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht. Die Verletzung der genannten Rechte führt direkt zur

¹¹ OGH Ent. AS-809-776-2016, 04/04/2017; OGH Ent. AS-330-2019 19/11/2019.

¹² OGH Ent. AS-638-605-2014 22/04/2016 § 24-25.

¹³ Die Empfehlungen des georgischen Obersten Gerichtshofs auf die Problematischen Fragen des Zivilrechtspraxis 25/07/2007 76. 78.

¹⁴ OGH Ent. AS-638-605-2014 22/04/2016 § 25.

¹⁵ Vglch. *Batlidze*, durch die schuldhafte Handlung verursachte deliktische Haftung, 25.

Rechtswidrigkeit, wenn es kein Fall von Notwehr oder Notstand besteht.¹⁶

Jedoch stellt die Verletzung der absoluten subjektiven Rechte nicht die einzige rechtswidrige Handlung dar. Ein anderer Ansatz kann zur erheblichen Einschränkung des Geltungsbereiches der deliktischen Haftung führen. Eine solche Verdünnung der Rechtswidrigkeit entspricht nicht dem Willen des Gesetzgebers. Art. 992 ZGB, der in Form einer deliktischen Generalklausel formuliert ist¹⁷, soll einen möglichst breiten Handlungsspielraum haben. Aus diesem Grund spricht der georgische Oberste Gerichtshof über die Pflichten des Täters, "die Besonderheiten des Rechtsverkehrs zu berücksichtigen, bestimmte Handlungen durchzuführen oder zu unterlassen, um die Beschädigung der Rechtsgüter von anderen zu vermeiden."¹⁸ Bemerkenswert ist auch, dass es über das Zivilrecht hinaus verschiedene Rechtsgebiete gibt, die durch Auferlegung bestimmter Verbote oder Anforderungen einen bestimmten verbindlichen Verhaltensstandard als Ganzes bilden, dessen Verletzung zu einer deliktischen Haftung führen kann.¹⁹ In diesem Zusammenhang bietet Art. 992 ZGB eine Grundlage der zusätzlichen Haftung für die Brüche der Sondergesetze und dient zur Wiederherstellung des Rechtsstands des Geschädigten.

Das deutsche BGB enthält einen direkten Hinweis auf die widerrechtliche Handlung, die in einem Verstoß gegen eine bestimmte Norm liegt. Insbesondere sieht der zweite Absatz von § 823 BGB eine alternative Zusammensetzung der Rechtswidrigkeit vor. Nach dieser Vorschrift gilt

eine Handlung als rechtswidrig, wenn sie gegen ein spezielles Schutzgesetz verstößt. Ein Schutzgesetz ist eine Rechtsnorm, die die Interessen anderer Personen schützen soll.²⁰ Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs liegt dieses Ziel vor, wenn neben dem Schutz des öffentlichen Interesses eine besondere gesetzliche Vorschrift, die Rechte bestimmter Subjekte, Rechtsgüter oder sonstige Interessen schützt.²¹

Die Norm soll auch eine besondere Anforderung oder ein besonderes Verbot auferlegen.²² In diesem Sinne können spezielle Normen der verschiedenen Rechtsbereiche unter dem Schutzgesetz zusammengefasst werden.²³ Dementsprechend ist es klar, dass unter Verstoß gegen die Verpflichtung in der oben genannten Auslegung des georgischen Obersten Gerichtshofs das deutsche Konzept des Schutzgesetzes zu verstehen ist. Im Sinne von Art. 992 des ZGB neben der Verletzung eines absoluten subjektiven Rechts auch die Verletzung eines Schutzgesetzes zur deliktischen Haftung führt.

Bei der Erörterung der deliktischen Haftung erwähnt auch der georgische Oberste Gerichtshof einen Verstoß gegen Treu und Glauben: "Eine rechtmäßige Handlung bedeutet nicht nur die Einhaltung der Anforderungen der Rechtsnormen, sondern auch solches Verhalten, das niemanden und nichts beschädigt. Daher kann das Verhalten als rechtswidrig angesehen werden, wenn es gegen die Rücksichtnahmepflichten verstößt oder von der Regel des obligatorischen Verhaltens abweicht."²⁴

Diese Auslegung des Gerichtshofs hinterlässt den Eindruck, dass eine rechtswidrige Handlung

¹⁶ Brox/Wolker, *SchldR BT* § 40. Rn. 47.

¹⁷ *Rusiaschwili Giorgi*, „Reines Vermögensschaden“ – Verletzung der Rücksichtnahmepflichten oder des Schutzgesetzes, *deutsch-georgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung*, 4/2019, 4.

¹⁸ OGH Ent. AS-638-605-2014 22/04/2016 § 25.

¹⁹ Wagner, in *MüKo*, § 823, Rn. 317.

²⁰ Brox/Wolker, *SchldR BT* § 40. Rn. 66.

²¹ BGHZ 12 146; BGHZ 116 13; BGH NJW 2004 356 357.

²² BGH NJW 1965 2007; BGH NJW 1977 1147.

²³ Brox/Wolker, *SchldR BT* § 40. Rn. 69.

²⁴ OGH Ent. AS-638-605-2014 22/04/2016 § 25.

nicht nur die durch das Schutzgesetz auferlegten Verbote und Gebote umfassen kann, sondern auch solches Verhalten, das über die gesetzlichen Vorbehalte hinausgehen kann. Insbesondere kann nach diesem Ansatz das Handeln rechtswidrig sein, wenn es gegen die allgemeinen Rücksichtnahmepflichten und verbindlichen Verhaltensregeln verstößt. Deswegen scheint dieser Ansatz nicht gerechtfertigt und unzweckmäßig zu sein.

Die in Art. 992 ZGB verankerte deliktische Generalklausel ist nicht so zu verstehen, als ob alle Handlungen, die gegen die allgemeinen Rücksichtnahmepflichten und obligatorischen Verhaltensregeln verstoßen, widerrechtlich sind. Unter der widerrechtlichen Handlung versteht man die Verletzung der bestimmten Verpflichtung einer Person. Dementsprechend soll im Einzelfall festgestellt werden, ob der Handelnde verpflichtet war, anders zu handeln.

Rechtswidrigkeit im Sinne des Deliktsrechts bedeutet Verletzung der rechtlich vorgeschriebenen Pflicht.²⁵ Dies wird auch durch die weiteren Auslegungen des georgischen Obersten Gerichtshofs selbst belegt. Das Gericht hat festgestellt, dass diejenigen, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen und Anforderungen verstoßen, widerrechtlich handeln.²⁶

Aus diesen Gründen sollen unter den verbindlichen Verhaltensregeln nur solche Verpflichtungen verstanden werden, die aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen dem Täter auferlegt sind. Dementsprechend müssen die allgemeinen Rücksichtnahmepflichten und obligatorischen Verhaltensregeln auch mit gesetzlichen Anforderungen oder gesetzlich geschützten Interessen

verbunden sein.²⁷ Mit anderen Worten: Die Verpflichtung zu rücksichtsvollem Verhalten muss gesetzlich vorgeschrieben sein.

Folglich kehren wir auch in diesem Fall endlich zu einer besonderen Rechtsnorm zurück, die einer Person eine Verpflichtung oder ein Gebot auferlegt. Diese gesetzlich festgelegten Verpflichtungen oder Gebote zielen darauf ab, bestimmte rechtliche Interessen zu schützen. Deswegen sollen solche gesetzlichen Bestimmungen als Schutzgesetz betrachtet werden. Eine eingehende Untersuchung dieses Themas ist jedoch nicht das Ziel vorangestellter Forschung, da es beim Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung um eine Handlung geht, die direkt gegen die gesetzliche Bestimmung verstößt.

Es ist auch anzumerken, dass unter dem Schutzgesetz nur solche Vorschriften berücksichtigt werden sollten, die darauf abzielen, die Rechtsgüter der Einzelpersonen vor Beschädigungen zu schützen. Eine solche Vorschrift sollte jedoch verbietender Natur sein; bestimmte Anforderungen stellen oder eine Verhaltensverpflichtung für bestimmte Subjekte auferlegen.

Unter Berücksichtigung der teleologischen Grundlage von Art. 992 ZGB, der Rechtsprechung des georgischen Obersten Gerichtshofs und der Ansätze der deutschen Gesetzgebung kann den Schluss gezogen werden, dass die Rechtswidrigkeit bei der Verletzung eines absoluten Rechts oder des Verstoßes gegen das Schutzgesetz vorliegt.

Mit anderen Worten: Unter der in Art. 992 ZGB verankerten deliktischen Generalklausel sollen alle rechtswidrigen Handlungen fallen, die

²⁵ Bitchia M., *Gesetzliche Schuldverhältnisse*, 277.

²⁶ OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 77.

²⁷ Rusiaschwili Giorgi, „Reines Vermögensschaden“ – Verletzung der Rücksichtnahmepflichten oder des Schutzgesetzes, deutschgeorgische Zeitschrift für Rechtsvergleichung, 4/2019, 9.

sich aus der Verletzung des absoluten Rechts oder Schutzgesetzes ergeben. Für die Zwecke der vorliegenden Arbeit ist es dementsprechend erforderlich festzustellen, um welche Art der widerrechtlichen Handlung es beim Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung geht.

Bemerkenswert ist auch, dass die Beweislast bei den Parteien liegt.²⁸ Deswegen trägt der Kläger, der gemäß Art. 992 ZGB den Schadensersatz verlangt, die Beweislast für das Vorliegen einer rechtswidrigen Handlung in Form des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung. Gleichzeitig ist es bemerkenswert, dass nach der Zivilprozessordnung von Georgien die Umstände des Falles, die laut dem Gesetz bestimmte Arten von Beweismitteln erfordern, nicht durch andere Arten von Beweismitteln bewiesen werden dürfen. Auf den ersten Blick kann man daher den Eindruck gewinnen, dass um die Verletzung des Kartellrechts nachzuweisen, die entsprechende Entscheidung der Kartellbehörde vorliegen muss. Diese Ansicht kann jedoch nicht geteilt werden. Solche Entscheidungen sollten nicht als gesetzlich vorgeschriebenes Beweismittel angesehen werden, da der Gesetzgeber selbst das Recht einer Person anerkennt, sich direkt an das Gericht zu wenden. Mit dieser Bestimmung erlaubt der Gesetzgeber jedermann vor Gericht den Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht und das Vorliegen einer in dieser Form zum Ausdruck gebrachten rechtswidrigen Handlung zu beweisen.

2. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung als Verletzung eines absoluten Rechts

Nach der Rechtsprechung des georgischen Obersten Gerichtshofs zielt die deliktische Haftung auf den Schutz eines absoluten Rechtsverhältnisses ab. In einer solchen Beziehung ist nur

eine Partei definiert; der Inhaber eines subjektiven Rechts ist beispielsweise der Eigentümer eines Gegenstands.²⁹ Ein absolutes Recht ist daher ein Recht, das ein absolutes Rechtsverhältnis zu allen Subjekten des Privatrechts herstellt und von einer bestimmten Person ausgeübt wird. Ein Beispiel für ein solches Recht ist das Eigentumsrecht. Dadurch kann man darauf schließen, dass für die Zwecke des Art. 992 ZGB absolute Rechte alle Rechte umfassen, die in den ausschließlichen Raum des Einzelnen fallen und ihn mit der Befugnis ausstatten, Eingriffe in diese Rechte von anderen Personen auszuschließen.³⁰ Ein solches absolutes Recht kann das Leben, der Körper, die Gesundheit, die Freiheit usw. sein.

In Bezug auf den Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung im Zusammenhang mit einer Verletzung eines absoluten Rechts ist anzumerken, dass Artikel 6 des Gesetzes eine breite Palette von Handlungen enthält, die für marktbeherrschende Unternehmen verboten sind. Diese Handlungen unterscheiden sich erheblich voneinander durch ihren Inhalt und ihre Umsetzungsform. Es ist jedoch bemerkenswert, dass die Rechtsnatur von diesen verbotenen Handlungen nicht ausdrücklich darauf hinweist, dass dadurch die absoluten subjektiven Rechte von anderen verletzt werden. Die Gültigkeit dieser Argumentation wird sogar durch die Tatsache gestützt, dass die Handlungen, die als Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung betrachtet werden, für die anderen Marktteilnehmer, die keine erhöhte und bedeutende Marktmacht besitzen, zulässig sind. Wenn wir davon ausgehen, dass solche Handlungen die absoluten Rechte des Einzelnen verletzen können, würden sie für andere Unternehmen auch nicht erlaubt. Beim Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung

²⁸ OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 79.

²⁹ OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 72

³⁰ *Batlidze*, durch die schuldhaftige Handlung verursachte deliktische Haftung, 23.

lung ist es daher unwahrscheinlich, dass das Vorhandensein einer rechtswidrigen Handlung im Sinne von Art. 992 ZGB aufgrund der Verletzung eines absoluten subjektiven Rechts nachgewiesen werden kann.

3. Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung als Verstoß gegen ein Schutzgesetz

Für die Zwecke von Art. 992 ZGB zielt ein Schutzgesetz darauf ab, Einzelpersonen vor Schäden an einem speziellen Rechtsgut zu schützen. Eine solche gesetzliche Regel sollte jedoch verbietende Natur haben, bestimmte Anforderungen oder Verhaltensverpflichtungen auferlegen.

Bei der Beurteilung des Vorhandenseins der unerlaubten Handlung, die sich aus dem Missbrauch einer beherrschenden Stellung ergibt, ist es entscheidend notwendig, das durch die entsprechende kartellrechtliche Vorschrift geschützte Rechtsgut genau festzustellen. Dazu ist es zunächst erforderlich, die Rechtsgüter, die einerseits durch das ganze Kartellrecht und andererseits durch den Art. 6 des Gesetzes voneinander zu trennen.

Nach der herrschenden Meinung schützt das Kartellrecht in erster Linie den Prozess eines funktionsfähigen Wettbewerbs. Die im Gesetz festgelegten besonderen Normen einschließlich Art. 6 des Gesetzes dienen wiederum dazu, die im Wettbewerbsrecht festgelegten allgemeinen Ziele zu erreichen. Nur wegen dieses Umstandes kann Art. 6 des Gesetzes als Schutzgesetz betrachtet werden.

Bei der Auslegung der genannten Vorschrift und Ermittlung der relevanten Rechtsgüter ist die Rechtsprechung des georgischen Verfassungsgerichts bezüglich der unternehmerischen

Freiheit und Wettbewerb von entscheidender Bedeutung. Laut dem Verfassungsgericht ist „die unternehmerische Freiheit ein wichtiger Ausdruck der wirtschaftlichen Freiheiten, eine Grundlage wirtschaftlicher Ordnung und nachhaltiger Marktbeziehungen. Dadurch unterstützt der Staat die freie Wirtschaft, indem die unternehmerische Tätigkeit frei ist. Nur bei der unternehmerischen Freiheit ist es einem Unternehmer möglich, einen vollständigen Teil von Handelsbeziehungen zu werden und seine geschäftlichen Fähigkeiten zu verwenden.“³¹ Der Schutz der unternehmerischen Freiheit und die Entwicklung des freien Wettbewerbs gewährleisten die freie und vollständige wirtschaftliche Tätigkeit der Unternehmen, die eine wesentliche Voraussetzung für die Gründung und Entfaltung des offenen Marktes ist.³² Um dies zu erreichen, ist der Staat verpflichtet, die entsprechende Gesetzgebung zu schaffen. Nach der Rechtsprechung des georgischen Verfassungsgerichts ist die Unterstützung der unternehmerischen Eigenständigkeit nicht nur die institutionelle Anerkennung dieser Freiheit. Der Staat ist verpflichtet, solche gesetzlichen Regelungen zu schaffen, die lebensfähige Einheiten fördert und nicht vom Markt ausschließt.³³

Aufgrund der genannten Auslegungen des Verfassungsgerichts erklärt die georgische Wettbewerbsbehörde, dass die Erfüllung dieser Verpflichtung eines der (aber nicht die einzigen) Ziele des georgischen Kartellrechts ist.³⁴ Das Gesetz dient dem Zweck den freien und funktionsfähigen Wettbewerbs zu schützen, das freie Handeln zu fördern und gleiche Bedingungen für Unternehmen am Markt zu gewährleisten.

³¹ Verfassungsgericht, 14.12.2018, N2/11/747, 6.

³² Verfassungsgericht, 14.12.2018, N2/11/747, 6..

³³ Verfassungsgericht, 19.12.2008, N1/2/411, § 2-3.

³⁴ Wettbewerbsagentur, N04/216, 27-28.

Ein Ausdruck des freien Wettbewerbs ist die Möglichkeit für Unternehmen, unternehmerische Tätigkeit frei und unabhängig in einem wettbewerbsfähigen Wirtschaftsumfeld auszuüben. Dazu sollen die Unternehmen freien Zugang zu den vor- und nachgelagerten Märkten haben. Wegen des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung sind die Unternehmen von vor- und nachgelagerten Märkten ausgeschlossen und dadurch ist auch die Möglichkeit der freien und unabhängigen unternehmerischen Tätigkeit beschränkt.

Um dies zu verdeutlichen, können einige Beispiele der missbräuchlichen Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung herangezogen werden. Zunächst ist zu beachten, dass sie durch aktive oder passive Handlung durchgesetzt werden kann. Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern stellt eine aktive Handlung des Unternehmens dar. Lieferverweigerung kann als eine passive Handlung betrachtet werden.

Sowohl die Lieferverweigerung als auch die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen bei gleichwertigen Leistungen gegenüber Handelspartnern beschränkt die Möglichkeit der freien unternehmerischen Tätigkeit für andere Unternehmen, die vom Aufbau des wirtschaftlichen Verhältnisses mit fairen Bedingungen mit dem Marktbeherrscher abhängig ist. Durch das Verbot solcher Handlungen bezweckt der Gesetzgeber die Interessen anderer Unternehmen und ihre Rechtsgüter zu schützen. Daher sollte beim Schadensersatzanspruch nach Art. 992 ZGB aufgrund des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung, Art. 6 des Gesetzes als Schutzgesetz und seine Verletzung als widerrechtliche Handlung betrachtet werden.

Der Schutz anderer Marktteilnehmer ist jedoch nicht der einzige Gegenstand von Art. 6 des

Gesetzes. Er schützt auch Endverbraucher. Bezüglich der geschützten Rechtsgüter unterscheidet die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zwei Aspekte. Insbesondere danach schützen die Regelungen hinsichtlich der missbräuchlichen Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung sowohl Handelspartnern als auch Endverbraucher.³⁵ Nach der Rechtsprechung des EuGH besteht der Zweck des Verbots der missbräuchlichen Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung darin, die Maßnahmen zu verhindern, die den Wettbewerb einschränken und dadurch den Marktteilnehmer und Endverbraucher erhebliche Schäden zufügen können.³⁶

Daher haben die Endverbraucher neben den Unternehmen auch die Möglichkeit, gemäß Art. 992 ZGB einen Ersatz des Schadens zu verlangen, der ihnen durch den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung entstanden ist.

Außerdem legt Art. 6 des Gesetzes auch den besonderen Verhaltensmaßstab für das marktbeherrschende Unternehmen fest, der in erster Linie darin besteht, die durch das gesamte Kartellrecht und insbesondere durch Art. 6 des Gesetzes geschützten Rechtsgüter nicht zu verletzen.

Nach der Rechtsprechung des EuGH hat ein Marktbeherrscher die besondere Verantwortung dafür, ein wettbewerbsfähiges Wirtschaftsumfeld nicht zu stören.³⁷ Darüber hinaus hat der EuGH entschieden, dass die Regelungen hinsichtlich der missbräuchlichen Ausnutzung der marktbeherrschenden Stellung für solche Handlungen gelten, die „die Struktur eines Marktes

³⁵ ECLI:EU:C:1996:436 *„Tetra Pak“* Case C-333/94 P § 42; ECLI:EU:C:2011:83 *„TeliaSonera“* Case C-52/09 § 24.

³⁶ ECLI:EU:C:2011:83 *„TeliaSonera“* Case C-52/09 § 22.

³⁷ ECLI:EU:C:2011:83 *„TeliaSonera“* Case C-52/09 § 24; ECLI:EU:C:2009:214 *„France Télécom“* Case 202.07 § 105; ECLI:EU:C:1973:22 *„Continental Can“* Case 6/72 § 26; ECLI:EU:C:1983:313 *„Michelin I“* Case 322/81 § 57.

beeinflussen können, auf dem der Wettbewerb gerade wegen der Anwesenheit des fraglichen Unternehmens bereits geschwächt ist und die die Aufrechterhaltung des auf dem Markt noch bestehenden Wettbewerbs oder dessen Entwicklung durch die Verwendung von Mitteln behindern, welche von den Mitteln eines normalen Produkt- oder Dienstleistungswettbewerbs auf der Grundlage der Leistungen der Marktbürger abweichen.“³⁸

Die Vorschrift, die den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung verbietet, gilt auch als Schutzgesetz nach der deutschen Rechtsprechung im Sinne des § 823 Abs. 2 BGB.³⁹ Dementsprechend beruht die deliktische Haftung des Unternehmens aufgrund der missbräuchlichen Ausnutzung der Marktmacht in Deutschland auf § 823 Abs. 2 BGB und die Rechtswidrigkeit wird durch die Tatsache nachgewiesen, dass die entsprechende Verbotsnorm des Kartellrechts ein Schutzgesetz ist, deren Verletzung als rechtswidrige Handlung qualifiziert wird.

IV. Schaden und Schadensersatzberechtigte

Nach § 992 BGB ist das Vorhandensein des Schadens auch eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Haftung aus unerlaubter Handlung. Der Schaden wird in der Rechtsprechung des georgischen Obersten Gerichtshofs als ein notwendiges Element der Tat dargestellt.⁴⁰ Danach umfasst der Schaden im Zivilrecht alle negativen Folgen, die durch die Auswirkungen auf das Eigentum oder anderen Rechtsgüter verur-

sacht wird.⁴¹ Nach der deutschen Rechtsprechung wird zur Ermittlung der Höhe des Schadens die theoretisch bestehende Vermögenslage ohne Schaden und die tatsächliche Vermögenslage mit Schaden verglichen.⁴² Die daraus entstehende Differenz bestimmt dann die Höhe des zu zahlenden Schadensersatzes. Dementsprechend kann ein Schaden im Sinne von Art. 992 ZGB ein materieller oder immaterieller Verlust sein, den eine bestimmte Person infolge einer rechtswidrigen Handlung erleidet. Um jedoch die Schadensarten, das Ausmaß und den genauen Kreis der betroffenen Personen zu bestimmen, müssen die speziellen Fälle des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung in Betracht gezogen werden.

Art. 6 des Gesetzes sowie Art. 102 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union sehen verschiedene Formen des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung vor. Um jedoch die unerlaubte Handlung im Sinne des § 992 BGB festzustellen, die mit der missbräuchlichen Ausnutzung der Marktmacht verbunden ist, ist nur das Vorhandensein der Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs nicht ausreichend. Dadurch muss auch der Schaden für bestimmte Personen entstanden sein. Gemäß der allgemeinen Unterscheidung kann ein Verstoß gegen Art. 6 des Gesetzes in Form vom Ausbeutungs- und Behinderungsmissbrauch stattfinden.

Ein klassisches Beispiel für Ausbeutungsmissbrauchs ist die Erzwingung von unangemessenen Einkaufs- oder Verkaufspreisen für Waren und Dienstleistungen, die sich direkt auf den Endverbraucher auswirken. In diesem Fall kann die Höhe des dem Verbraucher zugefügten Schadens durch einen Vergleich zwischen dem Zustand,

³⁸ ECLI:EU:C:1979:36 „Hoffman-La Roche“ Case 85/76 § 91; ECLI:EU:C:2009:214 „France Télécom“ Case 202.07 § 104; ECLI:EU:C:1983:313 „Michelin I“ Case 322/81 § 70.

³⁹ Busche, in KöllKom, Band 3. § 102 Rn. 217; Wagner, in MüKo, § 823, Rn. 332; BGH NJW 1993 1580 1581.

⁴⁰ OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 75.

⁴¹ OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 75.

⁴² OGH Ent. AS-155-145-2017 26/10/2018 § 76.

der nach Ausbeutungsmisbrauch besteht, mit dem Zustand ohne diese rechtswidrige Handlung ermittelt werden.

Die Einschränkung der Erzeugung eines Absatzes oder der technischen Entwicklung zum Schaden des Verbrauchers, die Anwendung unterschiedlicher Bedingungen gegenüber Handelspartnern und solchen anderen Handlungen, können als Behinderungsmisbrauch betrachtet werden. In solchen Fällen sollte der Schaden nach dem gleichen Prinzip berechnet werden wie beim Ausbeutungsmisbrauch. Bemerkenswert ist, dass die von derartigen Handlungen betroffenen Subjekten nicht nur die Endverbraucher, sondern auch Wettbewerber oder andere Unternehmen sein können.

Angesichts dieser Arten des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung kann sie sowohl den Unternehmen als auch den Endverbraucher einen erheblichen Schaden zufügen. Die Klage bezüglich des Schadensersatzes kann daher von Endverbraucher, Wettbewerbern oder anderen Marktteilnehmern erhoben werden.

Der Rechtsstreit über einen Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht kann jedoch mit erheblichen Hindernissen verbunden sein. In der Regel verfügen die Unternehmen über ausreichende Ressourcen, um ihre Interessen vor Gericht vollständig zu verteidigen. Bei den Verbrauchern ist die Lage völlig anders. Im Gegensatz zu Unternehmen haben Endverbraucher nicht die ausreichenden Ressourcen, um Rechtsstreitigkeiten unabhängig zu verfolgen und eine vollständige Entschädigung für den erlittenen Schaden zu erreichen.

Eine der Hauptschwierigkeiten ist auch die Ermittlung des genauen Kreises der Geschädigten. Ein wesentlicher Faktor für diese Komplexität ist die Tatsache, dass die Anzahl der betroffe-

nen Subjekten äußerst groß ist, insbesondere wenn die missbräuchliche Ausnutzung der Marktmacht die Konsumgüter und Dienstleistungen betrifft.

Bemerkenswert ist auch, dass der Schaden für einzelne Personen sehr klein sein kann. Die geringwertigkeit an Schaden, die eine bestimmte Person erleidet, schafft zusätzliche Schwierigkeiten. Die Höhe des Schadens kann nicht so hoch sein, dass sie den Wunsch und die Motivation weckt, vor Gericht eine entsprechende Klage zu erheben. Dies gefährdet wiederum die Wirksamkeit der privaten Durchsetzung des Wettbewerbsrechts, die von der Bereitschaft und Fähigkeit der Geschädigten abhängt, den Ersatz des Schadens vor Gericht zu verlangen.

Um dieses Problem zu beseitigen und europaweit einheitliche Mechanismen zu schaffen, wurde auf EU-Ebene eine Sonderrichtlinie verabschiedet,⁴³ die dazu dient, aus dem Verstoß gegen die Wettbewerbsregeln abgeleitete Schäden vollständig auszugleichen und die private Durchsetzung des Kartellrechts zu fördern. Diese Richtlinie spiegelt wiederum die Rechtsprechung des EuGH wider. Insbesondere der Gerichtshof hat mehrmals festgestellt, dass zur Schaffung wirksamer Mechanismen für die private Durchsetzung des Kartellrechts jedermann die Möglichkeit haben soll, den Ersatz des ihm entstandenen Schadens zu verlangen, wenn zwischen dem Schaden und einer nach dem Kartellrecht verbo-

⁴³ Directive 2014/104/EU of the European Parliament and of the Council of 26 November 2014 on certain rules governing actions for damages under national law for infringements of the competition law provisions of the Member States and of the European Union Text with EEA relevance <http://data.europa.eu/eli/dir/2014/104/oj> (20.12.2019)

tenen Handlung oder Verhalten ein ursächlicher Zusammenhang besteht.⁴⁴

Nach Ansicht der Europäischen Kommission kann ein kollektiver Schadensersatzanspruch ein geeigneteres Mittel sein, um Rechtsschutz zu erhalten, als wenn bei Individualklagen die Verfahrenskosten die Geschädigten davon abhalten würden, vor Gericht zu gehen.⁴⁵ Darunter ist ein umfangreiches gerichtliches Verfahren bezüglich des gemeinsamen Anspruchs auf Schadensersatz zu verstehen. In solchen Fällen sind die Verbraucherverbände dazu berechtigt, gemeinsame Klage vor Gericht zu erheben und am Ende jedem Endverbraucher eine angemessene Entschädigung zu gewähren.

Der kollektive Schadensersatzanspruch sollte in dieser Hinsicht als das effektivste Mittel angesehen werden, um den Schaden auszugleichen und die wirksame private Durchsetzung des Kartellrechts zu gewährleisten.⁴⁶ Auf EU-Ebene wurden diesbezüglich ausreichende Erfahrungen gesammelt, um ein vollständiges Bild davon zu erhalten, wie ein kollektiver Schadensersatzanspruch in der Praxis umgesetzt werden kann.

In den Empfehlungen der Europäischen Kommission⁴⁷ wird zwischen Unterlassungsklagen und Schadensersatzklagen unterschieden. Durch die Unterlassungsklagen können zwei oder mehr als zwei natürliche oder juristische Personen oder eine zur Erhebung einer Vertretungsklage be-

fugte Einrichtung die Einstellung einer rechtswidrigen Verhaltensweise verlangen..

Beim kollektiven Rechtsschutz ist es möglich, viele kleine Ansprüche zu bündeln und einem Unternehmen, das seine Marktmacht missbraucht hat, im Rahmen einer einzigen Klagen eine deliktische Haftung aufzuerlegen. Solch eine Möglichkeit kann großen Anreiz für Privatpersonen und Anwälte schaffen, einen Schadensersatzanspruch vor Gericht geltend zu machen. Dadurch können diese Subjekte sogar die Durchsetzung des Kartellrechts fördern.⁴⁸ Ein kollektiver Schadensersatzanspruch kann auch bequemer für den Rechtsverletzer sein. Damit kann der Beklagte viele Rechtsstreitigkeiten verhindern und in einem einzigen Verfahren sich gegen allen Ansprüche verteidigen.⁴⁹

V. Zuständiges Gericht

Bei den Schadensersatzklagen wegen Verletzung des Kartellrechts ist die Bestimmung des zuständigen Gerichts anhand der heutigen georgischen Gesetzgebung eine der größten Herausforderungen. Nach Art. 28 Abs. 2 des Gesetzes ist das Stadtgericht von Tbilisi das zuständige Gericht für die Streitigkeiten über einen Verstoß gegen das georgische Kartellgesetz. In dieser Hinsicht ist es problematisch festzustellen, auf welche Art von Streit sich diese Vorschrift bezieht. Insbesondere gilt dies nur für Fälle von Beschwerden gegen Entscheidungen der Kartellbehörde oder des zivilrechtlichen Schadensersatzanspruchs wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht.

Bei den Schadensersatzklagen handelt es sich nicht um die Feststellung eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht, sondern um einen Scha-

⁴⁴ ECLI:EU:C:2006:461 "*Manfredi*" Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 61.

⁴⁵ Commission staff working paper § 49.

⁴⁶ *Moodaliyar/Reardon/Theurerkauf*, The relationship between public and private enforcement, 152.

⁴⁷ Empfehlung der Kommission vom 11. Juni 2013, Gemeinsame Grundsätze für kollektive Unterlassungs- und Schadensersatzverfahren in den Mitgliedstaaten bei Verletzung von durch Unionsrecht garantierten Rechtenommission Recommendation.

⁴⁸ *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages, 1079.

⁴⁹ *Damien*, Collective Redress for Antitrust Damages, 1079.

densersatzanspruch aufgrund des Art. 992 ZGB. Im Art. 28 des Gesetzes verweist der Gesetzgeber jedoch direkt auf den Streit, wo es um die Verletzung des Wettbewerbsrechts geht. Daher befasst sich diese Vorschrift des Gesetzes nur mit Streitigkeiten zwischen der Wettbewerbsbehörde und dem Täter. Der Rechtsstreit fällt dementsprechend in die Zuständigkeit des Verwaltungsrechts, sofern der Verstoß gegen das Kartellrecht durch Erlass eines Verwaltungsakts festgestellt wird. Ein Schadensersatzanspruch wegen Verstoß gegen das Kartellrecht führt zu einem zivilrechtlichen Streit zwischen dem Geschädigten und dem Schädiger. Daher soll Art. 28 des Gesetzes nicht für solche Streitigkeiten gelten. Das zuständige Gericht für Schadensersatzklagen soll deswegen auf Grundlage der georgischen Zivilprozessordnung festgestellt werden.

VI. Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche wegen missbräuchlicher Ausnutzung der Marktmacht

Eine der problematischen Fragen bezüglich der deliktischen Haftung wegen der missbräuchlichen Ausnutzung der Marktmacht ist die Bestimmung der Verjährungsfrist des Schadensersatzanspruchs. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Gewährleistung des entsprechenden Schadensersatzanspruchs und Ausgleichs des entstandenen Schadens meistens von der Vernünftigkeit der Verjährungsfrist abhängt.

Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Verjährungsfristen ist es wichtig, die Besonderheiten der unerlaubten Handlung aufgrund des Verstoßes gegen das Kartellrecht und der Durchsetzung des diesbezüglichen Anspruchs in Betracht zu ziehen. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, sich die Möglichkeiten zur Verwirklichung des genannten Anspruchs zu berücksichtigen, insbesondere die Unterscheidung zwi-

schen den selbstständigen Ansprüchen und Folgeansprüchen. Man bemerkte, dass es komplizierter ist, beim eigenständigen Anspruch einen Verstoß gegen das Kartellrecht nachzuweisen. Im Gegensatz hat beim Folgeanspruch schon die zuständige Behörde die Rechtswidrigkeit festgestellt und die Geschädigte trägt nur die Beweislast des Schadens und des Kausalzusammenhangs. Daher ist es klar, dass der letztere Weg einen leichteren und effektiveren darstellt, um die Entschädigung des Schadens zu erreichen.

Engere Fristen können jedoch ein unüberwindbares Hindernis für die Realisierung dieses Anspruchs schaffen. Laut EuGH könnte eine kürzere Verjährungsfrist die Geltendmachung der Klage, auf Ersatz des durch dieses verbotene Verhalten entstandenen Schadens, praktisch unmöglich machen.⁵⁰ Diese Schwierigkeit ist darauf zurückzuführen, dass die Feststellung eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht durch das zuständige Exekutivorgan und das anschließende Inkrafttreten der Entscheidung ein komplexer Prozess ist, der sehr lange dauert.

Unter Berücksichtigung der genannten Schwierigkeiten bei der Geltendmachung von Schadensersatz wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht und der einschlägigen Rechtsprechung des EuGH sieht die Richtlinie eine obligatorische Mindestverjährungsfrist vor und legt die konkreten Fälle fest, in denen diese Frist ausgesetzt werden soll.

Nach Artikel 10 der Richtlinie ist es wichtig, dass die Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht mindestens fünf Jahre beträgt. In bestimmten Fällen wird auch die Notwendigkeit einer Suspendierung des Ablaufs der Verjährungsfrist

⁵⁰ ECLI:EU:C:2006:461 „*Vincenzo Manfredi*“ Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 78.

festgestellt. Insbesondere sollte gemäß Art. 10 Abs 4 der Richtlinie die Verjährungsfrist ausgesetzt werden, wenn die Wettbewerbsbehörde einen mutmaßlichen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht untersucht. Es ist daher klar, dass die Anforderungen der Richtlinie dazu dienen, eine angemessene Verjährungsfrist für Schadensersatzansprüche aufgrund wettbewerbsbeschränkenden Verhalten festzulegen. Ein solcher Ansatz in der gesamten Europäischen Union gewährleistet die Förderung der privaten Durchsetzung des Wettbewerbsrechts und die Schaffung der effektiven Mechanismen zur Wiederherstellung der Rechte der Geschädigten. Eine solche Verjährungsfrist und die Möglichkeit ihrer Aussetzung bieten dem Opfer die gute Gelegenheit, zunächst die Verletzung des Wettbewerbsrechts durch die Wettbewerbsbehörde (während, der die Verjährungsfrist suspendiert ist), festzustellen und nach dem Inkrafttreten der entsprechenden Entscheidung den Schadensersatz zu verlangen.

Eine besondere Vorschrift, die die Verjährungsfrist in der georgischen Gesetzgebung regelt ist Art. 27 des Gesetzes. Danach wird die Verjährungsfrist für Streitigkeiten aus Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht auf drei Jahre festgesetzt. Die gleiche Verjährungsfrist für unerlaubte Handlungen ist auch in Art. 1008 ZGB festgelegt.⁵¹

Deswegen ist es schwierig, die anwendbaren Bestimmungen genau zu beschließen, die für die Schadensersatzansprüche wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht ihre Anwendung findet. Ferner ist problematisch festzustellen, ob Art. 27 des Gesetzes nur zu den öffentlich-rechtlichen Mitteln zählt oder es auch möglich ist, aufgrund dieser Vorschrift einen Schadensersatzanspruch geltend zu machen. Beide Normen sehen jedoch

gleiche Verjährungsfrist vor. Es ist daher klar, dass die Verjährungsfrist für einen Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht einschließlich des Missbrauchs einer beherrschenden Stellung drei Jahre beträgt.

Um die Angemessenheit der dreijährigen Verjährungsfrist für die deliktische Haftung aufgrund der wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen beurteilen zu können, ist es erforderlich, die entsprechende gesetzliche Vorschriften zu analysieren. Zunächst ist zu beachten, dass die Frist für die georgische Wettbewerbsbehörde, um die rechtswidrige Handlung festzulegen, ein Jahr überschreiten kann. Die Parteien haben dann sogar die Möglichkeit, gegen die Entscheidung der Wettbewerbsagentur bei Gericht eine Beschwerde einzulegen, wobei die Anhörung des Falles ebenfalls viel Zeit erfordert. Insgesamt kann es mehr als drei Jahre dauern, bis die Entscheidung der Wettbewerbsbehörde in Kraft tritt. Solch lange Zeit wiederum behindert die Durchsetzung der Schadensersatzansprüche aufgrund von Verstößen gegen das Kartellrecht. Deswegen ist die dreijährige Verjährungsfrist in solchen Fällen sehr kurz und nicht ausreichend. Sie liegt weniger im Einklang mit den Besonderheiten des Schadensersatzanspruchs, der sich aus den wettbewerbsbeschränkenden Handlungen ergibt und schließt die Möglichkeit der Verwirklichung dieses Anspruchs aus. Darüber hinaus steht die dreijährige Verjährungsfrist erheblich im Widerspruch zu den jüngeren Ansätzen der Europäischen Union und behindert die Entwicklung der privaten Durchsetzung des Kartellrechts. Daher ist es ratsam, eine besondere Verjährungsfrist für den Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen das Kartellrecht vorzusehen.

Für die Verwirklichung eines deliktischen Anspruchs wegen Verstoßes gegen das Wettbe-

⁵¹ OGH Ent. AS-1322-2018, 04.04.2019, 180.

werbsrecht ist es auch von entscheidender Bedeutung, den Beginn des Laufs der Verjährungsfrist genau zu bestimmen. Art. 27 des Gesetzes enthält diesbezüglich keinen besonderen Verweis. Gemäß Art. 1008 des Strafgesetzbuchs beginnt die Verjährungsfrist jedoch ab dem Zeitpunkt, an dem der Geschädigte von dem Schaden oder Verbrechen erfährt. Laut dem georgischen Obersten Gerichtshofs definiert dieser Artikel den Zeitraum, in dem das Opfer Schadensersatz vom Täter verlangen kann.⁵²

Der georgische Oberste Gerichtshof gibt auch eine sehr interessante und originelle Erklärung zum Beginn der im Art. 1008 ZGB vorgesehenen Verjährungsfrist ab. Der Gerichtshof stellt fest, dass der Beginn der Verjährungsfrist von der Art des Verfahrens für den Schadensersatzanspruch abhängt. Nach dieser Rechtsprechung wird jedoch die Frage des Anfangs der Verjährungsfrist je nach dem vom Kläger gewählten Verfahrensweg unterschiedlich entschieden. Beim normalen Verfahren beginnt die Verjährungsfrist ab dem Tag, an dem das Opfer von dem Schaden oder Täter erfährt. Im Gegensatz fängt beim besonderen Verfahren die Verjährungsfrist ab dem Zeitpunkt des Erlasses des verwaltungsrechtlichen Rechtsakts an. Es ist aber unklar, auf welcher Rechtsgrundlage ein solcher Ansatz des Gerichtshofs beruht, da das Recht unmittelbar den Anfangsmoment bestimmt, der nicht davon abhängen kann, welche Verfahrensart der Kläger anwenden wird. Die Verjährungsfrist und ihr Ausgangspunkt sind objektive Kategorien und hängen nicht von der gewählten Verfahrensart ab. Art. 1008 ZGB definiert direkt den Anfangsmoment der Laufzeit, der sich auf den Zeitpunkt bezieht, zu dem der Geschädigte von dem Schaden oder Täter erfährt. Insoweit gibt es keine außergewöhnliche Rechtsvorschrift, auf deren Grundlage vom Beginn der Verjährungsfrist für

verschiedene Arten von Rechtsstreitigkeiten abweichend bestimmt werden könnte.

Es ist jedoch zu beachten, dass die oben genannte Auslegung des Obersten Gerichtshofs den Geschädigten hilft, die Verjährungsfrist nicht zu verpassen und die Wiederherstellung verletzter Rechte sicherzustellen. Dies beruht auf der Tatsache, dass der Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung von einer zuständigen Behörde durch Erlass eines Verwaltungsakts festgestellt wird. Dementsprechend beginnt nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs in einem solchen Fall die Verjährungsfrist nicht ab dem Zeitpunkt, an dem das Opfer von den relevanten Umständen erfährt, sondern ab dem Inkrafttreten des Verwaltungsaktes.

Ungeachtet der oben erwähnten Auslegung des georgischen Obersten Gerichtshofs gibt es im georgischen Recht noch keine spezielle Grundlage für die Bestimmung der Verjährungsfrist in Bezug auf die Schadensersatzansprüche, die wegen der missbräuchlichen Ausnutzung der Marktmacht entstehen. Dementsprechend soll die Klage vor Gericht innerhalb von drei Jahren ab dem Zeitpunkt erhoben werden, an dem der Geschädigte von dem Schaden oder Täter erfahren hat. Die Entscheidung der Wettbewerbsbehörde zur Feststellung eines Verstoßes gegen das Kartellrecht und das Inkrafttreten dieser Entscheidung kann jedoch die dreijährige Frist ab dem Zeitpunkt, an dem der Geschädigte von dem Schaden oder Täter erfahren hat, überschreiten. Dies ist ein zusätzlicher Ausschließungsgrund für die Realisierung des entsprechenden Schadensersatzanspruchs.

Eine solche Lösung der Frage schafft ein zusätzliches Problem, wenn die widerrechtliche Handlung dauerhafte Natur hat. In einem solchen Fall kann die Verjährungsfrist bis zum Ende des Verstoßes ablaufen, wenn die Verjährungs-

⁵² OGH Ent. AS-247-237-2013, 01/07/2013.

frist ab dem Zeitpunkt beginnt, an dem das betreffende Subjekt über die relevanten Umstände Auskunft erlangt hat. Laut EuGH schließt deswegen ein solcher Ansatz die deliktische Haftung des Täters aus.⁵³

Um ähnliche Probleme zu vermeiden und eine einheitliche und wirksame Durchsetzung des Wettbewerbsrechts in der gesamten Europäischen Union zu gewährleisten, verpflichtet die Richtlinie die EU-Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass der Lauf der Verjährungsfrist nicht bis zur Beendigung der wettbewerbsbeschränkenden Handlung endet.

Neben der Festlegung des Ausgangspunkts der Verjährungsfrist verpflichtet die Richtlinie die Mitgliedstaaten, die Möglichkeit einer Aussetzung des Ablaufes der Frist vorzusehen. Nach Art. 10 Abs. 4 der Richtlinie ist es erforderlich, die Verjährungsfrist auszusetzen, falls die zuständige Behörde einen mutmaßlichen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht untersucht, auf dem ein Schadensersatzanspruch könnte. In diesem Fall soll die Verjährungsfrist gemäß der Richtlinie frühestens ein Jahr nach der endgültigen Entscheidung der zuständigen Behörde weiterlaufen. Ein solcher Ansatz garantiert eine Möglichkeit für den Geschädigten, Schadensersatz durch einen Folgeanspruch zu verlangen.

Aus den in der Richtlinie erörterten Ansätzen geht hervor, dass durch die Festlegung der maximalen Verjährungsfrist die Interessen der Geschädigten angemessen zu schützen sind. Darüber hinaus stellt der in der Richtlinie vorgesehene Beginn der Verjährungsfrist und Möglichkeit der Aussetzung ihres Ablaufs sicher, dass die geschädigte Person in der Lage ist, den durch die wettbewerbsbeschränkende Handlung zugefügten Schaden vollständig ersetzen zu lassen.

Schließlich ist es auch bemerkenswert, dass solche Regelungen die Wirksamkeit der privaten Durchsetzung des Kartellrechts gewährleisten.

Die oben genannten europäischen Ansätze zeigen, dass die georgische Gesetzgebung erhebliche Mängel in Bezug auf die deliktische Haftung aufgrund des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung und die private Durchsetzung des Kartellrechts beinhaltet. Um diese Lücken zu beseitigen, muss die georgische Gesetzgebung die besondere Verjährungsfrist für die Geltendmachung von Schadensersatz wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht und die Einführung spezieller Regelungen für den Beginn oder Aussetzung der Verjährungsfrist einführen.

Fazit

Die Forschung hat ergeben, dass der Schadensersatzanspruch wegen des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung ein Sonderfall der unerlaubten Handlung darstellt, der unter den Art. 992 ZGB fällt. Gleichzeitig wurde aufgrund der europäischen Erfahrung dargestellt, dass solche Schadensersatzklagen für die Durchsetzung des Kartellrechts von entscheidender Bedeutung ist.

Die vorliegende Arbeit analysiert auch die Rechtsprechung des georgischen Obersten Gerichtshofs in Bezug auf die deliktische Haftung. In Anbetracht der deutschen Ansätze wurden die Voraussetzungen der Haftung aus unerlaubter Handlung und die Elemente der Widerrechtlichkeit aufgedeckt. Es wurde auch bestimmt, dass der Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung nur mit weniger Wahrscheinlichkeit zur Verletzung des absoluten subjektiven Rechts führt. Auf der Grundlage der deutschen Praxis wurde jedoch festgestellt, dass es sich bei einem sol-

⁵³ ECLI:EU:C:2006:461 „*Vincenzo Manfredi*“ Joined cases C-295/04 to C-298/04 § 79.

chen Fall um den Verstoß gegen ein Schutzgesetz handelt.

Weiterhin wurde auch die Bedeutung des kollektiven Rechtsschutzes für die vollständige Entschädigung, des durch den Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung entstandenen Schadens, dargestellt.

Eine Analyse der bestehenden georgischen Gesetzgebung ergab, dass ein Schadensersatzanspruch aufgrund eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht zu einem zivilrechtlichen Streit zwischen dem Täter und dem Geschädig-

ten führt. Ungeachtet des Wortlauts von Art. 28 des Gesetzes sollte die Bestimmung des zuständigen Gerichtes aufgrund der georgischen Zivilprozessordnung festgelegt werden.

Am Ende wurde schlussgefolgert, dass die im ZGB festgelegte Verjährungsfrist die deliktische Haftung aufgrund des Missbrauchs der marktbeherrschenden Stellung praktisch ausschließt. Die Arbeit legt daher besonderes Augenmerk auf die Bedeutung der speziellen Verjährungsfristen für Schadensersatzansprüche, die aus den Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht abgeleitet werden.